



**University of  
Zurich**<sup>UZH</sup>

**Zurich Open Repository and  
Archive**

University of Zurich  
University Library  
Strickhofstrasse 39  
CH-8057 Zurich  
[www.zora.uzh.ch](http://www.zora.uzh.ch)

---

Year: 2014

---

## **Chronik eines angekündigten Protests**

Langer, Lorenz

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-104885>

Newspaper Article

Originally published at:

Langer, Lorenz. Chronik eines angekündigten Protests. In: Neue Zürcher Zeitung, 232, 7 October 2014, 21.

## Und wieder Borisow

*Stabilität bleibt nach den Wahlen in Bulgarien ein Wunschtraum. Von Cyrill Stieger*

Schon bei den vorgezogenen bulgarischen Parlamentswahlen im Mai 2013 hatte die Partei von Bojko Borisow triumphiert. Dieser war zwei Monate zuvor auf dem Höhepunkt der grössten sozialen Unruhen seit der Wende von 1989/90 zurückgetreten. Die Proteste hatten sich an der Erhöhung der Strompreise entzündet. Die Wut richtete sich aber darüber hinaus vor allem gegen die Sparpolitik von Borisows Mitte-Rechts-Regierung, gegen die Selbstherrlichkeit der politischen Elite, gegen die Korruption, ja gegen das ganze marode politische System. Der überstürzte Rückzug Borisows erwies sich als ein geschickter Schachzug. Obwohl er sein Land mitten in der Krise im Stich gelassen hatte, erhielt er wieder am meisten Stimmen. Borisow war aber damals nicht in der Lage, Partner für eine tragfähige Regierungskoalition zu finden.

Aber auch die Sozialisten, die nach dem Scheitern des Wahlsiegers an die Macht kamen, waren nach etwas mehr als einem Jahr bereits wieder am Ende. Auch gegen sie wurde monatelang auf den Strassen demonstriert. Die Wut richtete sich, ähnlich wie im Winter zuvor, gegen die Arroganz einer abgehobenen Elite, die den Staat als ihr Eigentum betrachtet, gegen Politiker, die sich nicht um ihre Wähler kümmern, sondern vor allem sich selber bereichern, gegen Parteien, die sich vor den Karren privater Interessengruppen spannen lassen.

Nach seinem Erdrutschsieg bei den Wahlen von 2009 hatte Borisow mehr Sicherheit, mehr Gerechtigkeit, mehr Wohlstand versprochen. Davon war dann allerdings nicht viel zu sehen. Die Sozialisten waren im vergangenen Jahr mit dem Anspruch angetreten, die Politik moralisch zu erneuern. Doch sie verspielten mit haarsträubenden Personalentscheidungen schnell jeglichen Kredit. Zwar ist in Bulgarien eine neue Generation herangewachsen, die aufbegehrt und sich nicht mehr alles gefallen lässt. Doch ist es der Protestbewegung nicht gelungen, eine politische Alternative zu bieten.

Bei den Wahlen vom Sonntag hat die Partei von Borisow zwar wieder einen klaren Sieg errungen. Doch auch diesmal könnte sie bei der Bildung einer neuen Regierung scheitern. Anders als nach den Wahlen vor fast eineinhalb Jahren sieht es heute aber so aus, als ob auch die unterlegenen Sozialisten nicht in der Lage sind, eine regierungsfähige Mehrheit zusammenzubringen. Das alles sind düstere Aussichten. Was Bulgarien braucht, ist politische Stabilität. Ohne eine handlungsfähige Regierung wird das Land noch tiefer im Morast versinken.

## Aus der Traum von Marina Silva

*Die brasilianische Präsidentschaftskandidatin Marina Silva ist kometenhaft aufgestiegen. Sie hat bei näherem Hinsehen die Wähler aber nicht überzeugt. Von Werner J. Marti*

Für die rund eine Million Brasilianer, welche letztes Jahr während Wochen gegen die verbreitete Korruption und für bessere öffentliche Dienstleistungen auf die Strasse gegangen sind, muss das Wahlresultat vom Sonntag wie ein Schlag ins Gesicht wirken. Bis auf wenige Prozentpunkte entspricht es dem Ergebnis von vor vier Jahren. Dilma Rousseff erhielt diesmal im ersten Wahlgang 42 Prozent der Stimmen (statt damals 47 Prozent), Aécio Neves 34 Prozent (statt der 33 Prozent seines damaligen Vorgängers José Serra von der Mitte-Rechts-Partei PSDB), und Marina Silva hat sich minim von 20 auf 21 Prozent gesteigert. Im zweiten Wahlgang stossen Rousseff und Neves aufeinander, die Vertreter genau der beiden Parteien, die das Land seit zwanzig Jahren abwechselnd regieren. Der Ruf nach fundamentalem politischem Wandel scheint in Brasilien nicht – oder noch nicht – mehrheitsfähig zu sein.

Besonders bemerkenswert ist aber das vergleichsweise magere Abschneiden von Marina Silva. Nach dem Flugzeugabsturz des Kandidaten Eduardo Campos im August war sie kometenhaft zur wichtigsten Herausforderin von Rousseff aufgestiegen. Mehrere Umfragen prognostizierten ihr ernsthafte Siegeschancen, und für die Medien wurde sie zum gefundenen Fressen in einem sonst langweiligen Wahlkampf.

### Hoffnung für die Protestierenden

Silva hatte in der Tat einiges, was für sie sprach. Sie kämpfte für dieselben Anliegen wie die Demonstranten vom letzten Jahr, gegen Korruption und für bessere öffentliche Dienstleistungen. Damit wurde sie in gewisser Hinsicht zur Kandidatin für diese Unzufriedenen, deren Bewegung – wie sich bei den Fussball-Weltmeisterschaften zeigte – allerdings momentan ihren Schwung verloren hat. Ausserdem gleicht Silvas Lebenslauf demjenigen von Lula da Silva, dem weiterhin populärsten brasilianischen Politiker. Beide haben sich aus sehr bescheidenen Verhältnissen bis zur obersten politischen Führungsschicht hochgearbeitet. Schliesslich konnte sie als Mitglied einer evangelischen Freikirche auf die Stimmen aus diesem religiösen Lager zählen, das fast schon einen Viertel der Brasilianer umfasst.

Doch ein Garant für politische Stabilität war sie für viele nicht. Sie verfügte nur über eine minimale Hausmacht im Kongress und wollte dort ihre Vorlagen mit wechselnden, sachbezogenen Mehrheiten durchbringen. Dass sie dies genau den altbekannten korrupten Praktiken im Kongress ausgesetzt hätte, die sie eigentlich bekämpfen wollte, war einer der

fundamentalen Widersprüche ihrer Kampagne. Dass sie fast in jeder Legislaturperiode ihre Partei wechselte, sprach auch nicht gerade für politische Kontinuität. Bis 2009 war sie im PT von Lula und Rousseff und diente als Ministerin, 2010 war sie Kandidatin der Grünen, darauf gründete sie eine eigene Partei, und zuletzt schloss sie sich wieder einer neuen Partei an, um für die Vizepräsidentschaft und anschliessend unerwarteterweise für die Präsidentschaft kandidieren zu können.

### Zweifel an der Sozialpolitik

Wirtschaftspolitisch machte sie in diesem Wahlkampf einen markanten Schwenk nach rechts und gab sich gar liberaler als Aécio Neves. Dies dürfte einige ihrer Wähler aus den ärmeren Bevölkerungsschichten abgeschreckt haben. Silva versprach zwar, die umfangreichen Sozialprogramme von Lula da Silva und Rousseff weiterzuführen. Gleichzeitig plante sie aber massive Steigerungen der Ausgaben für die Bildung und das Gesundheitswesen. Dies alles bei einem ausgeglichenen Budget und bei stagnierendem Wirtschaftswachstum. Kein Wunder, dass ein Teil der brasilianischen Wähler die Realisierbarkeit von Silvas Programm infrage stellte und einen Abbau der Sozialprogramme befürchtete. Rousseff und ihrer äusserst erfahrenen Wahlkampfleitung gelang es hier, weiter Öl ins Feuer zu giessen und die Gefahr von sozialen Abstrichen unter einer Regierung Silva an die Wand zu malen. Dabei kam der Präsidentin auch zugute, dass sie über viel mehr Sendezeit für Fernsehwerbespots verfügte als die Partei von Marina Silva.

In dieser Ausgangslage haben sich nun offensichtlich viele Brasilianer trotz allen Mängeln für die ihnen bekannte Politik von Rousseff entschieden, anstatt mit Silva einen politischen Wandel mit unsicherem Ausgang zu riskieren. Dies trotz der Tatsache, dass Brasilien unter Präsidentin Rousseff das geringste Wirtschaftswachstum seit den frühen neunziger Jahren erlebte und dass führende Exponenten ihrer Partei letztes Jahr wegen Korruption zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden.

Rousseff gilt nun bei den meisten Beobachtern als Favoritin für den zweiten Wahlgang vom 26. Oktober. Sollten allerdings Neves und Silva zusammenspannen, wie dies der frühere Präsident und Parteikollege von Neves, Fernando Henrique Cardoso, vorantreiben möchte, ist eine weitere Überraschung in diesem Wahlkampf nicht ausgeschlossen. Die Kampagne geht deshalb für Rousseff so gleich weiter.

## Ein Unglück als Mahnung

*Die Formel 1 ist sicher wie nie. Stillstand wäre aber fatal. Von Elmar Brümmer*

Die Formel 1 ist sicher. Jedenfalls so sicher, wie sie nur sein kann. Und trotzdem ist sie immer wieder auch verletzlich, wie der Unfall des Franzosen Jules Bianchi am Sonntag im Grossen Preis von Japan gezeigt hat. Der Franzose ringt nach einem Zusammenstoss mit einem Bergungskran um sein Leben. Seit nunmehr zwanzig Jahren ist auf GP-Rennstrecken kein Fahrer mehr tödlich verunglückt. Das hängt mit dem Unfall Ayrton Sennas 1994 in Imola zusammen. Der Tod des Idols hat den Funktionären, den Teamchefs und den Vermarktern die Augen dafür geöffnet, dass eine aufgeklärte Gesellschaft Vorsatz und Leichtsin, Nachlässigkeit und Zögern punkto Sicherheit nicht mehr tolerieren würde. Es darf sich im Motorsport nicht alles nur um Image, Ergebnisse oder Geld drehen, es geht hier vor allem auch um Menschenleben.

Entsprechend wurde gehandelt. Der Qualität der Formel 1, ob bei der technischen Herausforderung oder den Überholmanövern, haben die konsequenten Sicherheitsmassnahmen an Pisten und in den Autos keinerlei Abbruch getan, im Gegenteil. Es gibt eine eigene Interessenvertretung der Fahrer, die zusammen mit dem Automobilweltverband FIA bei kleinsten Anlässen einschreitet, die Crashtests und Sicherheitsmassnahmen werden beinahe jährlich verschärft. Da mag auch das Know-how der Automobilindustrie, der grossen Macht hinter dem Motorsport, eine Rolle spielen. Doch es geht ebenso um das Selbstverständnis. Nicht als blinde Raser, sondern als Athleten, die körperlich und geistig fit sein müssen, wollen die Profi-Rennfahrer heute wahrgenommen werden. Sicherheit bleibt daher die vornehmste Aufgabe – für Fahrer wie Funktionäre.

Das Unglück von Suzuka ist eine Mahnung, in den Bemühungen nicht nachzulassen. Natürlich muss hinterfragt werden, warum das Rennen nicht früher abgebrochen oder zumindest neutralisiert wurde, ob die Sicht- und Witterungsverhältnisse nicht längst ungenügend waren – aber auch, ob alle Rennfahrer den deutlichen Warnhinweisen tatsächlich Folge leisteten. Wie bei schweren Zwischenfällen im Strassenverkehr kommt da häufig eins zum anderen. Dass Bianchi überhaupt noch lebend geborgen werden konnte, hat er wohl der verfeinerten Helmetechnik, der Sicherheitszelle aus Verbundwerkstoffen, einem Hals- und Nackenschutzsystem und dem Überrollbügel zu verdanken. In dieser Hinsicht sind die teuren Rennwagen der herkömmlichen Fahrzeugtechnik weit voraus.

## Chronik eines angekündigten Protests

*Die Mehrheit der Hongkonger wünscht keine radikaldemokratischen Experimente. Mit einigen Zugeständnissen hätte die Eskalation vermieden werden können. Der kommunistischen Führung in Peking fehlt das Verständnis für demokratische und rechtsstaatliche Strukturen und Prozesse. Von Lorenz Langer*

Eine überraschte Weltöffentlichkeit verfolgt die anscheinend plötzlich entstandene Massenprotestbewegung in der Sonderverwaltungsregion Hongkong. Die ehemalige britische Kolonie hat seit der Rückkehr zu China im Jahre 1997 kaum mehr internationale Aufmerksamkeit auf sich gezogen – mit der unwillkommenen Ausnahme der Sars-Epidemie 2003. Nun aber verfolgen wir in zahlreichen Reportagen die Demonstrationszüge durch das Geschäfts- und Bankenviertel, die Studentenproteste und die zuerst heftigen, inzwischen aber vor allem ratlosen Reaktionen der lokalen Polizei und der Verwaltungsbehörden.

### Stockende Demokratisierung

Doch die jetzigen Proteste waren abschbar. In ihnen entlädt sich die Frustration über einen Demokratisierungsprozess, der seit Jahren stockt und inzwischen weitgehend zum Stillstand gekommen ist. 1984 verpflichtete sich China in der Sino-Britischen Gemeinsamen Erklärung, der einzu-richtenden Sonderverwaltungsregion weitgehende Autonomie zu gewähren. Der Chief Executive, Nachfolger des Gouverneurs an der Spitze der Verwaltung, würde durch lokale «Wahlen oder Konsultationen» bestellt. Das 1990 verabschiedete Grundgesetz Hongkongs sah dazu vorerst ein 800 Mitglieder umfassendes Wahlkomitee von Amtsträgern und Honoratioren vor, wobei 100 Mitglieder einen Kandidaten nominieren konnten. Das Grundgesetz stellte aber weitergehend auch – als

schrittweise zu erreichendes Endziel – die allgemeine Wahl des Chief Executive in Aussicht, wobei die Kandidaten durch ein «umfassend repräsentatives Komitee» und «in Übereinstimmung mit demokratischen Verfahren» nominiert würden. Das mit vergleichsweise wenig Kompetenzen ausgestattete Parlament, der Legislative Council, sollte gemäss der Gemeinsamen Erklärung von 1984 durch (nicht näher spezifizierte) Wahlen konstituiert werden; gemäss Grundgesetz bestand es zuerst weiterhin zur Mehrheit aus von Berufs- und Standesvertretungen gewählten Mitgliedern, doch würde dann die Zahl der direkt gewählten Volksvertreter bis mindestens zur Parität erhöht. Auch hier statuiert das Grundgesetz die gänzliche Bestellung «durch allgemeines Wahlrecht» als Endziel.

Es ist die Enttäuschung und Wut über das Ausbleiben substanzieller Fortschritte bei der Verwirklichung dieser keineswegs revolutionären Ziele, die nun in Hongkong Zehntausende von Demonstranten auf die Strasse treibt. Bisher wurden am bestehenden System nur kosmetische Korrekturen vorgenommen. So wurde etwa die Sitzzahl im Parlament erhöht, dabei aber das paritätische Verhältnis zwischen direkt gewählten Volks- und Ständesvertretern beibehalten (womit sichergestellt ist, dass die demokratischen Kräfte keine Mehrheit im Parlament stellen, auch wenn sie – wie zuletzt – die direkte Wahl gewinnen). Auch das Wahlverfahren für den Chief Executive wurde mit der Erweiterung des Wahlkomitees auf 1200 Mitglieder nur minim verändert. In mittlerweile nahtlos funktionierendem Zusammenspiel verzögern die Regie-

rungen in Peking und in Hongkong substanzielle Fortschritte stets aufs Neue. Die Hongkonger Administration hat Peking wiederholt um Anweisungen gebeten, anstatt von den ihr gewährten (zugegebenermassen beschränkten) Initiativmöglichkeiten Gebrauch zu machen. Auf der anderen Seite nutzte die Zentralregierung diese Gelegenheiten, um immer neue Bedingungen für demokratische Reformen zu stellen. Den Einwohnern Hongkongs, so der Tenor, fehle noch die politische Reife, die für demokratische Partizipation unabdingbar sei (ob die autoritäre chinesische Regierung dafür die geeignete Prüfinstanz ist, wurde dabei nicht zum Thema gemacht). Diesen Sommer nun hat die Peking Zentralregierung erstmals verlauten lassen, wie 2017 die «allgemeine Wahl» des Chief Executive ablaufen soll: Zur Volkswahl sollen zwei bis drei Kandidaten antreten dürfen, die zuvor von mehr als der Hälfte des Komitees nominiert werden müssen. Damit sollte sichergestellt werden, dass nur Kandidaten aufgestellt würden, die «das Vaterland und Hongkong gleichermaßen lieben».

Mit diesen restriktiven Vorgaben hat Peking die gegenwärtige Krise geradezu provoziert. Aber weshalb? Es trifft durchaus zu, dass die Mehrheit der Hongkonger keine radikaldemokratischen Experimente wünscht. Mit einigen Zugeständnissen – etwa einem niedrigen Quorum für die Kandidaten-Selektion – hätte die Eskalation vermieden werden können. Sucht Peking bewusst einen Vorwand, um die aufmüpfige Bevölkerung der Sonderverwaltungsregion zur Räson zu bringen? Wahrscheinlicher ist, dass die kommunistische Führung die

Anliegen dieser Bevölkerung schlicht nicht versteht, wie auch das Verständnis für demokratische und rechtsstaatliche Strukturen und Prozesse fehlt. Auf dem Festland ist mit dem Machtwort der Partei eine Frage definitiv entschieden. In Hongkong aber wird zu Recht darauf hingewiesen, dass die Direktiven Pekings aus verfassungsrechtlicher Sicht nicht überzeugen, da sie, trotz ständigen Verweisen auf das Hongkonger Grundgesetz, allein politisch begründet sind.

### Bürokratische Elite

China versichert zwar ständig, man habe Vertrauen in die Fähigkeit der Hongkonger, ihre Angelegenheit selbst zu regeln. Aber noch mehr als der koloniale Vorgänger scheut man sich, diesen Worten Taten folgen zu lassen. Stattdessen stützt sich die chinesische Führung auf die bürokratische Elite Hongkongs, die allein der Zentralregierung Rechenschaft schuldet, sowie auf die damit eng verflochtenen Wirtschaftseliten, welche Forderungen nach politischen Reformen primär als Gefährdung ihrer Profite betrachten. So lud Xi Jinping noch kurz vor Ausbruch der Proteste eine 70-köpfige Delegation von Hongkonger Wirtschaftsführern nach Peking ein. Die dort wohl besprochene Strategie für politische Stabilität dürfte von den Ereignissen der letzten Tage überholt worden sein.

**Lorenz Langer** ist Lehrbeauftragter an der Universität Zürich und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA).